

Zusammenarbeit von Sprach- und Rechtswissenschaft

Im DFG-Projekt „Der Rechtsstaat in Deutschland und Spanien“ ist eine Literaturstudie über den Stand der trans- und interdisziplinären Zusammenarbeit von Sprach-/Übersetzungswissenschaft und Rechtswissenschaft/Rechtsvergleichung zu vergeben. Die Studie soll folgenden Schwerpunkt haben: Wie präzise kann Interpretation (sei es in einer Sprache; sei es beim Übersetzen sein)? Lassen sich die Ergebnisse juristischer Interpretation durch Rückgriff auf sprachwissenschaftliche Erkenntnisse und Methoden präzisieren?

Die Studie ist damit im Kontext der Diskussion über einen materiellen oder formellen Rechtsstaats-Begriff, eines anti-positivistischen oder positivistischen Rechtsverständnisses, einer Präferenz für teleologische oder grammatische und systematische Interpretation verortet. Die Studie kann in Form eines Werkvertrages an AbsolventInnen (aller Hochschulen) und in Form eines Arbeitsvertrages für Studentische Hilfskräfte an fortgeschrittene Berliner und Potsdamer Studierende im Erststudium vergeben werden.

Für die Studie kommen insbesondere VertreterInnen der Linguistik und der Rechtswissenschaft, aber auch VertreterInnen anderer Geistes- und Sozialwissenschaften mit Interesse an wissenschaftstheoretischen oder -geschichtlichen Fragen oder an Fragen im Bereich der Komparatistik in Betracht. Von Vorteil wäre eine gemeinsame Bearbeitung der Studie durch VertreterInnen unterschiedlicher Disziplinen; Sie sollten dann als Arbeitsgruppe über die Lesefähigkeit in den Sprachen Deutsch, Englisch, Kastilisch und nach Möglichkeit auch Französisch verfügen.

InteressentInnen schicken bitte bis Sonntag, den 24. Juli, einen Lebenslauf und eine kurze Beschreibung (ca. 1/2 Seite) des eigenen Interesses an der Fragestellung. Sollte Ihre Bewerbung in die nähere Wahl kommt, erhalten sie den Entwurf eines Exposés, das Sie nach Ihren eigenen Vorstellungen umarbeiten können. Gerne können Sie auch ein völlig neues Konzept einreichen.

Die Vergabe der Studie soll bis Mitte August abgeschlossen sein; die Studie soll spätestens Anfang November, nach Möglichkeit früher abgeschlossen sein.

Die Höhe des Honorars bzw. die Dauer des Arbeitsvertrages sollte sich an der Komplexität und dem Umfang der Studie, den Sie in Ihrem Exposé vorschlagen, orientieren. Als Orientierungswert gilt ein Betrag von 1.500 Euro pro 50 Seiten Literaturstudie. Sofern sich mehrere InteressentInnen gemeinsam bewerben, sollte auf eine mindestens 50-prozentig Berücksichtigung von Frauen geachtet werden; bei gleicher Qualifikation werden Bewerberinnen vorgezogen.

Freie Universität Berlin, Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft

Detlef Georgia Schulze

DGSch@zedat.fu-berlin.de

<http://www.deutscherrechtsstaat.de/>; <http://www.Estado-de-Derecho.de>.